

Führung / Kommunikation

„Straßenbau-Beiträge“ – Prof. Dr. Kalweit: Das führt zu Luxussanierungen und Steuerverschwendung

In Kooperation mit dem Eigenheimerverband Bayern e. V. hatte das Bauzentrum München am 9. Dezember 2014 Fachleute und interessierte Bürger zu einem Abendforum zum Thema Straßenbaubeiträge eingeladen. Der Leiter des Bauzentrums, Roiland Gräbel, sowie der Präsident des Eigenheimerverbandes, Heinrich Rösl, konnten über 100 Gäste begrüßen. Neben einem Überblick über das Straßenbaubeitragsrecht bot die Veranstaltung auch Vertretern von Organisationen und staatlichen Stellen die Möglichkeit, aus ihrer Sicht zu dem Thema Stellung zu nehmen.

Wie aktuell das Thema war, zeigte ein Beschluss des Bauausschusses der Landeshauptstadt München, der sich nur wenige Stunden vor der Veranstaltung einstimmig für die Abschaffung der örtlichen Straßenbaubeitragsatzung ausgesprochen hatte. Diese Entscheidung sei laut Präsident Rösl ein Beleg dafür, dass der Druck, den die Verbände, die in den „Vereinigten Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben im Freistaat Bayern“ (VerBiB) organisiert sind, auf die Kommunen ausüben, Wirkung zeigt. Er hoffe, dass nun weitere Gemeinden dem Beispiel der Landeshauptstadt folgen und ihrerseits die örtlichen Ausbausatzungen abschaffen. Da immer mehr Kommunen unter Geldmangel leiden, greifen diese immer häufiger auf das Instrument der Ausbaubeiträge zurück. Die manchmal sogar fünfstelligen Beträge bringen laut Rösl gerade ältere und weniger begüterte Anlieger in große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zudem sei die Erhebung von Straßenbaubeiträgen von den Anliegern in höchstem Maße ungerecht, da diese bereits einmal für die Herstellung der Straßen gezahlt hätten. Wenn eine Straße später ausgebaut oder erneuert werden müsse, so sei dies nicht auf die Benutzung durch die Anlieger zurückzuführen sondern meist den Interessen der Allgemeinheit geschuldet. Folglich müssten die Kosten auch aus dem allgemeinen Haushalt bestritten werden.

Ganz anders sahen dies erwartungsgemäß die beiden Vertreterinnen der staatlichen Stellen. Für Monika Weinl vom Bayerischen Innenministerium und Frau Dr. Barth vom Bayerischen Gemeindetag kommt ein Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nicht in Frage. Allenfalls könne man über gewisse Modifizierungen nachdenken.

Nach Aussage von Prof. Dr. Rainer Kalweit (VerBiB) führten die Straßenbaubeiträge zu Luxussanierungen und zu einer gigantischen Steuer- und Abgabenverschwendung und würden letzten Endes nur die örtliche Bauwirtschaft fördern. Bei einem Verzicht auf die Beitragserhebung sparten dagegen, wie er anhand von Berechnungsbeispielen belegte, nicht nur die Bürger sondern auch die Gemeinden Geld, welches sie anderweitig sinnvoller ausgeben könnten. Ein Verzicht wirke daher wie ein kommunales Konjunkturprogramm.

Auch Peter Ohm, Präsident des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer e. V., Berlin, hält Straßenbaubeiträge für nicht mehr zeitgemäß. So habe das Land Berlin, nachdem vor mehreren Jahren eine Straßenbaubeitragsatzung eingeführt worden war, diese nach kurzer Zeit wieder abgeschafft, da der damit verbundene Verwaltungsaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag stand.

Friedrich Richler**Kommunen leiden unter Geldmangel****Eigenheimerverband Bayern**
www.eigenheimerverband.de